



Presseschau vom 07.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Gert Ewen Ungar: Neue Sicherheitspolitik der Grünen: Völkerrecht dann beachten, wenn es deutschen Interessen dient

Die Grünen geben sich ein neues Grundsatzprogramm und diskutieren in diesem Zusammenhang über Außen- und Sicherheitspolitik. Schon jetzt ist klar: Die Grünen geben jeden friedenspolitischen Anspruch auf. ...

<https://de.rt.com/27jh>

deutsch.rt.com: Berliner Senat: Wir wollen die Monopolisierung des Kriegsgedenkens durch Russland verhindern

Ein FDP-Abgeordneter griff den Berliner Senat wegen „politischer Inkompetenz“ im Umgang mit der Ukraine an. Die Antwort der Senatskanzlei kommt einem Nachgeben gleich und offenbart ein merkwürdiges Verständnis für Kriegsgedenken in der Regierung Berlins. ...

<https://de.rt.com/27k1>

abends/nachts:

wpered.su: Kommunisten aus Tores übergaben humanitäre Hilfe an Verletzte
Kommunisten aus Tores haben Lebensmittel an verletzte Soldaten der Donezker Volksrepublik übergeben. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Wir haben Lebensmittelhilfe für unsere Genossen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden, organisiert. Die Menschen befinden sich nach der Krankenhaus in der Rehabilitation, es kommen verschiedene Probleme im Leben auf, aber wir lassen unsere Leute nicht im Elend, lassen sie nicht hungrig“, erzählte die Vorsitzende des Toreser Stadtkomitees der KP der DVR Irina Guz.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Russische Militärs bringen 1,2 Tonnen humanitäre Hilfsgüter in syrisches Gebirgsdorf Arnah**

Russische Militärs haben humanitäre Hilfsgüter in die im Gebirge gelegene Ortschaft Arnah unweit der Grenze zum Libanon gebracht. Das gab der Verwaltungschef von Arnah, Salim Abu Keis, gegenüber Journalisten bekannt.

„Ich möchte zuerst meine Dankbarkeit für eure Initiativen zur Hilfeleistung äußern. Wir sind sehr dankbar für die Position der Russischen Föderation zur Unterstützung des syrischen Volkes in verschiedenen Bereichen: im militärischen, politischen und wirtschaftlichen“, so Keis.

Das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien präzisierte wiederum, dass die humanitären Hilfsgüter etwa 1,2 Tonnen schwer seien. Graupen, Reis und Zucker seien in 200 Pakete verpackt worden. Russische Militärs hätten die Güter an die örtliche Verwaltung übergeben, damit sie unter Ortsansässigen verteilt werden könnten.

Ortschaft Arnah

Wie ein Ältester der Ortschaft Mitarbeitern des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien berichtete, wohnten dort 1700 Menschen, das heißt 300 Familien, wobei jede davon als arm gelten könne. Vier Ortsbewohner seien bei Kampfhandlungen getötet und weitere zehn verletzt worden.

In Arnah gibt es laut dem Ältesten zwei Schulen, die zum Teil zerstört worden seien und eine Reparatur benötigten.

Obwohl eine Wand in einer der Schulen einstürzen könne, fände dort Unterricht statt. In der Ortschaft gebe es einen Kindergarten, aber keine medizinischen Einrichtungen. Daher seien die Ortsbewohner gezwungen, in einem etwa drei Kilometer entfernten Dorf medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Humanitäre Hilfsgüter an Syrer

Russische Militärs versorgen regelmäßig die syrische Bevölkerung mit humanitären Hilfsgütern. So hatten Angehörige des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien Ende März Nahrungsmittel und weitere Hilfsgüter in die Kleinstadt Deir al-Dschamal im Nordwesten des Landes gebracht.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32731/44/327314435_0:351:3076:2016_1000x0_80

0_1_19cbb509596ac53466d4be7252b5724b.jpg.webp

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Juni wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Roskosmos lässt Fangnetz für Weltraummüll patentieren**

Die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos hat ein Netz zum Einfangen von Weltraumschrott erfunden und durch Patent schützen lassen.

Mit dem Fangnetz von Roskosmos könnten große Objekte eingefangen und dann entweder zum kontrollierten Absturz oder in eine weitere Umlaufbahn gebracht werden, heißt es in der Beschreibung zur Erfindung in einem Informationsblatt der russischen Patentbehörde Rospatent.

„Die Erfindung gehört zur Weltraumtechnik und kann verwendet werden, um vergleichsweise großen Weltraummüll wie ausgediente Raumapparate, Booster und Raketenstufen aus dem erdnahen Weltraum zu beseitigen.“

Die Vorrichtung wird dort als ein kegelförmiges grobmaschiges Netz an einem teleskopischen Rahmen beschrieben, das durch Kabel mit einem Satelliten verbunden und mit eigenen Manövertriebwerken ausgestattet ist. Das Netz wird von allen Seiten um das einzufangende Objekt gelegt und zusammengezogen.

So könne der Müll entweder zum Verglühen in die Erdatmosphäre oder in einen weiten Orbit zur „Endlagerung“ befördert werden. An einem Satelliten angebracht soll das Fangnetz automatisch gegen Weltraummüll kämpfen können.

Eine westliche Konkurrenz hatte eine ähnliche Fangvorrichtung bereits 2018 erfolgreich im All erprobt. Im September 2018 hatte der britische Satellit RemoveDEBRIS bei einem erfolgreichen Versuch Weltraumschrott aus einer niedrigen Erdumlaufbahn mit einem Netz eingefangen. Der Satellit aus Produktion des europäischen Luftfahrtkonzerns Airbus war drei Monate davor von Bord der Internationalen Raumstation ISS gestartet worden.

Bei einem weiteren Experiment im Februar 2019 fing RemoveDEBRIS mit einer Harpune einen eigens dafür ins All gebrachten Flugkörper ein, der Weltraumschrott imitierte.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. Juni 3:00 Uhr bis 7. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 2. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wesjoloje, Spartak.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuert Geschosse beträgt 21.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **China verspricht allgemein zugänglichen Corona-Impfstoff**

China arbeitet nach eigenen Angaben an mehreren Impfstoffen gegen Covid-19. Die Regierung verspricht, den besten Impfstoff nach Tests den Menschen in aller Welt zugänglich zu machen. Die Volksrepublik gilt als Herkunftsland des neuen Coronavirus, das seit Anfang dieses Jahres weltweit Millionen Menschen angesteckt und Hunderttausende getötet hat. China werde die Verpflichtung, die Präsident Xi Jinping auf der 73. Konferenz der Weltgesundheitsorganisation WHO übernommen habe, erfüllen, sagte der chinesische Forschungsminister Wang Zhigang auf einer Pressekonferenz nach Angaben der Parteizeitung „Renmin Ribao“.

Die Forscher des Landes würden die Arbeit an den Impfstoffen intensivieren. Unabhängig voneinander würden bereits fünf klinische Versuche an Menschen durchgeführt. Sicherheit, Effektivität und Zugänglichkeit hätten dabei Priorität.

Sobald ein chinesischer Impfstoff erschaffen und klinisch getestet sei, werde er als allgemein zugängliches Produkt der Welt vorgestellt, so der Minister.

„Die Geschichte des Kampfes gegen Seuchen lehrt, dass die Entwicklung von Impfstoffen die beste Strategie ist“, sagte Wang Zhigang. Er rief die ganze Welt zu einer engeren Zusammenarbeit in diesem Bereich auf.

Erstmals Ende Dezember in China entdeckt, hat das neue Coronavirus Sars-CoV-2 nach Angaben der US-amerikanischen Johns Hopkins University (JHU) bis Samstag weltweit bereits knapp 6,9 Millionen Menschen angesteckt. Fast 400.000 Infizierte starben.

Mzdnr.ru: **In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 23 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert**, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind ein Kind und zwei medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – ein 54 Jahre alter Mann und eine 83 Jahre alte Frau.

Am 7. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 695 Fälle von Infektionen registriert. 501 Patienten sind derzeit in Behandlung, 167 als gesund entlassen, es gibt 27 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **„Wir brauchen eine gemeinsame europäische Strategie“ – Maas über Dialog mit China**

Bundesaußenminister Heiko Maas hofft darauf, den verschobenen EU-China-Gipfel noch in diesem Jahr nachholen zu können.

„Ich hoffe noch, dass der Gipfel bis zum Jahresende stattfinden kann“, sagte Maas der „Bild am Sonntag“.

„China ist kommende Supermacht. China ist Deutschlands größter Handelspartner.“ Dennoch dürfe man den Dialog mit Peking „nicht allein auf Wirtschafts- und Handelsfragen reduzieren“. „Wir brauchen eine gemeinsame europäische Strategie, um unsere freiheitlichen Werte gegenüber China zu vertreten.“

Die Bundesregierung hatte am Mittwochabend mitgeteilt, dass der EU-China-Gipfel wegen der Corona-Pandemie verschoben wird. Das Treffen war für Mitte September in Leipzig geplant - Deutschland hat in der zweiten Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft. Erstmals sollten alle 27 EU-Staats- und Regierungschefs mit der chinesischen Führung zusammenkommen.

Konkret sollte ein Investitionsschutzabkommen geschlossen werden, auf das europäische Unternehmen schon lange warten, das aber nach Angaben der EU-Kommission noch nicht fertig ist. Zudem sollten der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel bekräftigt und die Rolle der EU und Chinas in Afrika erörtert werden.

Die politischen Beziehungen sind zwiespältig und wegen der Spannungen zwischen China und den USA heikel. Die EU kritisiert unter anderem die chinesische Menschenrechts- und

Investitionspolitik, sieht die Volksrepublik aber auch als Partner beim globalen Klimaschutz. Zuletzt sorgte das Sicherheitsgesetz für Hongkong für Protest.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32727/59/327275950_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_d3872f51bf40c12442fce9c07e069ef4.jpg.webp

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Maas nennt Verhältnis zu USA „kompliziert“**

Mit Blick auf die angeblichen Pläne zum Abzug Tausender US-Soldaten aus Deutschland hat Bundesaußenminister Heiko Maas das Verhältnis zu den USA als „kompliziert“ bezeichnet. Auf Berichte über einen möglichen Truppenabzug reagiert er zurückhaltend.

„Wir schätzen die seit Jahrzehnten gewachsene Zusammenarbeit mit den US-Streitkräften. Sie ist im Interesse unserer beiden Länder“, sagte der SPD-Politiker der „Bild am Sonntag“.

„Sollte es zum Abzug eines Teils der US-Truppen kommen, nehmen wir dies zur Kenntnis.“ Zum Verhältnis zwischen Deutschland und den USA sagte Maas: „Wir sind enge Partner im transatlantischen Bündnis. Aber: Es ist kompliziert.“

US-Präsident Donald Trump plant nach Medienberichten einen drastischen Abbau der US-Truppen in Deutschland. Das „Wall Street Journal“ berichtete am Freitag unter Bezug auf ungenannte US-Regierungsvertreter, Trump habe das Pentagon angewiesen, die Präsenz in Deutschland von derzeit 34.500 Soldaten um 9500 zu reduzieren. Außerdem solle eine Obergrenze von 25.000 US-Soldaten eingeführt werden, die gleichzeitig in Deutschland anwesend sein könnten.

Die amerikanischen Militärbasen beschäftigen darüber hinaus etwa 17.000 US- und 12.000 deutsche Zivilisten. Auch „Der Spiegel“ berichtete unter Bezug auf eigene Informationen über eine geplante massive Reduzierung der US-Truppenpräsenz in Deutschland. Das Weiße Haus bestätigte entsprechende Abzugspläne Trumps nicht.

Der amerikanische Präsident fordert seit langem eine gerechtere Lastenteilung innerhalb der Nato und hat wiederholt die aus seiner Sicht mangelnden Verteidigungsausgaben Deutschlands kritisiert. Im Juni vergangenen Jahres hat Trump bei einem Besuch des polnischen Präsidenten, Andrzej Duda, in Washington eine Verlegung von Truppen von Deutschland nach Polen ins Spiel gebracht.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 07.06.2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK hat der Gegner in den

letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 57. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Mischantschuk **Spartak** und **Wesjoloje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Die Feueraktivität des Gegners wurde rechtzeitig durch adäquate erwidernde Maßnahmen der Einheiten der Volksmiliz unterdrückt. In der Folge betrogen die Verluste des Gegners einen Toten und zwei Verletzte.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen an Objekten der zivilen Infrastruktur werden von unseren Beobachtern noch ermittelt.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Brigadekommandeur der BFU Mischantschuk hinzuzufügen.

Trotz der humanitären Hilfe von westlichen Ländern an das Verteidigungsministerium der Ukraine zum Kampf gegen die Pandemie **verschlechtert sich die Lage in den ukrainischen Streitkräften weiter.** Eine Tendenz zu einer **Zunahme der Erkrankungen** ist nicht nur in den Truppenteilen im Hinterland festzustellen, sondern in der Zone der Strafoperation im Donbass. Besondere Besorgnis ruft beim Kommando der BFU die bestehende Situation in der 57. und 128. Brigade hervor, wo außerplanmäßig der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Generalmajor Sokolow eingetroffen ist. Bei einer Inspektion der medizinischen Einrichtungen wurden eine Reihe größter Verstöße bei der Prophylaxe von Erkrankungen und bei der Durchführung von Tests unter dem Personal festgestellt. Die gelieferten teuren **Coronavirustests werden aktiv an die örtliche Bevölkerung verkauft**, im Zusammenhang damit wurden von der Militärstaatsanwaltschaft bereits acht Strafverfahren gegen Funktionsträger der Brigade aufgenommen. Um die Lage im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu normalisieren ist außerplanmäßig die 108. regionale sanitär-epidemiologische Abteilung eingetroffen, um Soldaten mit Verdacht auf eine Coronavirusinfektion zu testen.

Solche operativen Maßnahmen des Kommandos der BFU hängen damit zusammen, dass die Brigaden in der nächsten Zeit für eine Rotation vorgesehen sind und in den ständigen Stationierungspunkten dem Generalstab die Ursachen für die Gefechtsunfähigkeit der Verbände aufgrund von massenhaft erkrankten Soldaten erklärt werden müssen. Aber diese Sachverhalte werden nur schwer vor der Öffentlichkeit verheimlicht werden können, besonders wenn es um Todesfälle geht. So starb in einer Artillerieabteilung der 57. Brigade der Feldwebel O.W. Lessik an Komplikationen bei einer Coronavirusinfektion, im Zusammenhang damit wurde die ganze Einheit, in der er Dienst tat, durch einen Befehl von Generalmajor Sokolow unter Quarantäne gestellt.

Es ist bemerkenswert, dass fünf Tage vor dem Tod des Soldaten Korrespondenten von „Radio Swoboda“ in dieser Einheit arbeiteten, denen das Brigadekommando versicherte, dass es keine infizierten Soldaten gebe und ihre persönliche Sicherheit während der Dreharbeiten gewährleistet sei. Derzeit befinden sich die Journalisten in Quarantäne und Vertreter von „Radio Swoboda“ und anderer Informationsagenturen erstellen eine kollektive Petition an das Verteidigungsministerium der Ukraine mit der Forderung, ihnen objektive Informationen über die Zahl der infizierten Soldaten in der OOS-Zone und über die ergriffenen Quarantänemaßnahmen zukommen zu lassen, um zu verhindern, dass Filmteams mit der Krankheit angesteckt werden.

de.sputniknews.com: **Pompeo vergleicht China wegen Situation um Hongkong mit Nazi-Deutschland**

US-Außenminister Mike Pompeo hat in einem Interview mit der Zeitung „The Daily Caller“ das Vorgehen Chinas gegenüber Hongkong kritisiert und mit dem von Nazi-Deutschland

während des Zweiten Weltkrieges verglichen.

„Zweifellos ähnelt der Fall, als die Kommunistische Partei Chinas gegen die Versprechungen im Rahmen ihres Vertrages mit Großbritannien verstoßen und beschlossen hat, dem Volk von Hongkong die versprochenen Freiheiten zu verweigern, einigen Versprechungen, die in den Zeiten nicht eingehalten worden waren, als Deutschland gegen den Rest Europas vorrückte“, zitierte das Blatt Pompeo.

Zuspitzung der Beziehungen zwischen den USA und China

Die Beziehungen zwischen den USA und China spitzten sich in den vergangenen Tagen erneut zu. Grund dafür war der vom chinesischen Parlament erarbeitete Gesetzentwurf über den Schutz der nationalen Sicherheit von Hongkong. Das Dokument zielt nach Ansicht Washingtons auf die Abschaffung der hohen Autonomie von Hongkong ab.

US-Präsident Donald Trump hatte bereits zuvor gedroht, wegen des von China geplanten Sicherheitsgesetzes Hongkong die wirtschaftlichen Privilegien abzuerkennen. China wies jegliche Kritik zurück und erklärte, Fragen in Bezug auf Hongkong seien seine innere Angelegenheit.

Die USA hatten bereits früher gedroht, den Status des besonderen Handelspartners Hongkongs während der massenhaften Anti-Regierungs-Kundgebungen im Sommer und im Herbst 2019 zurückzuziehen.

Sollte China bei der Unterdrückung der Proteste von Gewalt Gebrauch machen, könne dies die Handelsbeziehungen zwischen Washington und Peking beeinflussen, hatte Trump damals erklärt.

US-Senatoren und Amtspersonen forderten dazu auf, den Status von Hongkong, der ihren Worten zufolge kompromittiert wurde, zu revidieren.

Hongkong

Hongkong ist eine chinesische Sonderverwaltungszone, die über eine freie Marktwirtschaft und hohe innere Autonomie verfügt.

Hongkong wurde während des Ersten Opiumkriegs 1841 vom Vereinigten Königreich besetzt und durch den Vertrag von Nanking 1843 zur britischen Kronkolonie erklärt. Im Jahr 1997 wurde Hongkong wieder an China übergeben.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32640/73/326407333_0:107:2756:1598_1000x0_80_0_1_d4d01a282049a0ce35f80ea2d0d35c5e.jpg.webp

rusvesna.su: Ukraine: In Lwow wurden Teile eines zur Modernisierung eingetroffenen MiG-29-Jägers gestohlen

Unbekannte stahlen mehr als 20 Teile und Baugruppen des MiG-29-Jägers, der im staatlichen Flugzeug-Reparaturwerk in Lwow modernisiert werden sollte.

Nach Angaben des ukrainischen Militärportals Defense Express führt das Generalfür Untersuchungen (GBR) der Ukraine eine Untersuchung zum Diebstahl von Komponenten und

Baugruppen des MiG-29-Jägers durch, der auf seine Modernisierung im Reparaturwerk in Lwow wartete.

„Das Flugzeug kam in unserem Werk an, und bereits während der Demontage wurde gestohlen. Es wurden mehr als 20 Teile gestohlen. Ähnliche Bestandteile von MiG-29-Jägern wurden auch aus Flugzeugen gestohlen, die sich im Bereich der Kommandantur in der Nähe des Unternehmens befanden“, sagte ein Vertreter des Werks.

Er fügte hinzu, dass sich das Management des Unternehmens an die SBU gewandt habe, worauf ein Teil der gestohlenen Baugruppen in der Nähe des Werks entdeckt wurde. Ihm zufolge wird der Vorfall derzeit von der GBR untersucht. Während der Untersuchung wurden alle Arbeiten zur Modernisierung der MiG-29 eingestellt.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mig-29_vsu.jpg

de.sputniknews.com: **Unter neuem Namen: Skripal hält sich in Neuseeland auf – britische Zeitung**

Der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia sollen nach Angaben der „Sunday Times“ derzeit in Neuseeland leben. Skripals Nichte Viktoria äußerte jedoch Zweifel an der Meldung.

Unter Verweis auf Regierungsquellen berichtete das Blatt, dass die beiden zuvor mehr als ein Jahr in einer geheimen Wohnung des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 untergebracht gewesen seien. Der ehemalige Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU und seine Tochter sollen nun „neue Namen und Mittel erhalten haben, um ein neues Leben zu beginnen“, hieß es weiter.

Die Nichte von Sergej Skripal, Viktoria, äußerte gegenüber Medien die Meinung, dass die Nachricht über einen vermeintlichen Umzug ihres Onkels und ihrer Schwester nach Neuseeland bloß ein Ablenkungsmanöver sei.

„Ich weiß nichts darüber, aber ich glaube das nicht. Darvon, dass sie an einem Zeugenschutzprogramm teilnehmen und umgezogen sind, ist schon seit längerer Zeit die Rede. Damals wurden Neuseeland, die USA und Australien als Aufenthaltsorte genannt. Ich denke aber, dass sie sich nach wie vor in Porton Down (militärische Forschungseinrichtung nahe der Stadt Salisbury – Anm. d. Red.) aufhalten“, sagte Skripals Nichte.

Ihr zufolge muss die britische Regierung so weniger für die Versorgung und Unterkunft der beiden aufkommen, als dies in Neuseeland der Fall wäre. Sie selbst hätten keine Mittel, um für sich zu sorgen.

Die britische Botschafterin in Moskau Deborah Bronnert teilte zuvor mit, dass die Skripals am Leben seien, sie machte jedoch keine Angaben zu dem Aufenthaltsort der beiden.

Fall Skripal

Am 4. März 2018 sollen der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia laut Darstellung der britischen Behörden mit einem Nervengift in Salisbury vergiftet worden sein. Das löste einen großen internationalen Skandal aus. London machte daraufhin Russland für die Vergiftung verantwortlich. Moskau wies diesen Vorwurf von sich und forderte eine unabhängige Aufklärung.

Zudem hatte das russische Außenministerium die ehemalige britische Premierministerin Theresa May einer Lüge überführt. May hatte zuvor behauptet, dass das Gift für die Skripals in Russland hergestellt worden sei. Das britische Militärlabor von Porton Down widerlegte dies jedoch.

Mitte Mai 2018 verließ Sergej Skripal das Krankenhaus, seine Tochter wurde bereits Mitte April entlassen. Sie gab an, dass sie nach Russland zurückkehren werde. Laut Viktoria Skripal hat sich ihr Onkel seit Juni letzten Jahres nicht mehr bei seinen Familienangehörigen in Russland gemeldet.



https://cdn.e1.img.sputniknews.com/img/32732/06/327320659_0:380:3080:2047_1000x0_80_0_1_27be7c812c2613ef1b43f76309b9d677.jpg

deutsch.rt.com: Rasierklingen und Nadeln in Sprengfallen: Protest gegen 5G in Großbritannien radikalisiert sich

Der Widerstand gegen die 5G-Technologie nimmt in Großbritannien immer radikalere Formen an: In Sprengfallen, die für Telekommunikationsingenieure gedacht waren, wurden Rasierklingen und Nadeln gefunden. Auch Brandanschläge auf Masten nehmen zu. Der Protest gegen die 5G-Technologie beschränkt sich nicht auf Großbritannien, aber er scheint im Vereinigten Königreich äußerst radikal voranzzugehen. Laut Medienberichten fanden Telekommunikationsingenieure Sprengfallen hinter Plakaten an Telefonmasten. Diese waren mit Rasierklingen und Nadeln bestückt.

Es wird vermutet, dass hinter den Sprengfallen Anti-5G-Gruppen stehen, die unter anderem davon ausgehen, dass es einen Zusammenhang zwischen der 5G-Technologie und dem Ausbruch der Corona-Pandemie gibt. Die Technologie mache die Menschen für das Virus anfälliger oder begünstige seine Verbreitung, so die Vorwürfe vonseiten der 5G-Gegner. Dafür gibt es bislang keine Belege. Gegen diese Vorwürfe spricht, dass das Virus auch in Ländern, wie beispielsweise dem Iran, gewütet hat, die diese Technologie noch gar nicht nutzen. Dennoch nehmen in Großbritannien die Angriffe auf Telefonmasten und auch Telekommunikationsingenieure zu. Seit Ende März dieses Jahres meldeten Telekommunikationsingenieure 200 Übergriffe – meistens verbaler Natur. Es gab aber auch körperliche Angriffe, wie das US-amerikanische Internetportal The Verge berichtete. Zudem gab es in dem genannten Zeitraum 90 Brandanschläge auf mobile Infrastrukturen. Dabei traf es auch Einrichtungen, die nicht mit der 5G-Technologie in Verbindung stehen.

In einem Fall wurde ein Telekommunikationsingenieur mit einem Messer angegriffen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Laut dem Chef des britischen Telekomkonzerns BT Group, Philip Jansen, wurden einige Ingenieure gar mit Autos angefahren.

<iframe width="730" height="411" src="https://www.youtube.com/embed/BhENuZ74Bes" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/BhENuZ74Bes>

de.sputniknews.com: **Estnische Kriegsschiffe nehmen an Nato-Marineübung „Baltops 2020“ teil**

Schiffe der estnischen Kriegsmarine nehmen an der großangelegten Nato-Marineübung „Baltops 2020“ teil, deren Start für Sonntag im südwestlichen Teil der Ostsee vor der Küste Deutschlands und Dänemarks geplant ist. Das gab der Pressedienst des Generalstabs der estnischen Verteidigungskräfte bekannt.

„An der Übung ‚Baltops 2020‘, die vom 7. bis 16. Juni stattfindet, nehmen von der estnischen Kriegsmarine eine Taucher-Einheit, der Minenräumer ‚Sakala‘, das Stabsschiff ‚Wambola‘ sowie insgesamt rund 80 Seeleute teil. Insgesamt werden 3000 Mann aus 19 Ländern, 29 Schiffe sowie 29 Flugzeuge und Hubschrauber im Einsatz sein“, heißt es.

Die Übung zielt darauf ab, das Zusammenwirken der beteiligten Staaten bei gemeinsamen Boden-, Luft- und Seeoperationen im Ostsee-Raum auf ein höheres Niveau zu heben.

An der diesjährigen Übung „Baltops“ sind Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien, Schweden, die Türkei, Großbritannien und die USA beteiligt. Die Marine-Übung wird seit 1972 durchgeführt.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Nach Angaben unserer Aufklärung hat der Stab der OOS **Anweisungen an die Kommandeure** der operativ-taktischen Gruppierungen „Ost“ und „Nord“ erstellt und zugeleitet, **dass sie keine Öffnung von Kontroll- und Passierpunkten zulassen, um dann die Führungen der Volksrepubliken dessen zu beschuldigen.**

Zu diesem Zweck wurde der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ General Romigajlo angewiesen, zusammen mit Journalistengruppen von den Fernsehsendern „5. Kanal“ und „1+1“, die im Verantwortungsbereich der Gruppierung arbeiten, eine Provokation zu organisieren und breit in den Medien zu veröffentlichen, die auf die Sabotage der Wiederaufnahme des Verkehrs der Bevölkerung über die KPP gerichtet ist. Dazu wird die Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ einseitig von der ukrainischen Seite geöffnet unter Hinzuziehung von 70 Personen aus der örtlichen Bevölkerung, die den Passierpunkt in Richtung LVR mit der Forderung, den KPP zu öffnen, blockieren werde.

Ziel der Provokation ist die Beschuldigung der Führungen der Volksrepubliken, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht einhalten und Voraussetzungen für eine humanitäre Katastrophe schaffen im Vorfeld der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe am 9. und 10. Juni.

Die zunehmenden Fälle, dass Mitarbeiter der OSZE-Mission ukrainische Militärtechnik entdecken die Verletzung der Abzugslinie sowie auf dem Gebiet von ziviler Infrastruktur in von Kiew kontrollierten Ortschaften stationiert ist, zwingen das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, sich immer neue Mittel auszudenken, um Patrouillen der Mission frühzeitig zu entdecken, um die verbotenen Waffen zu verlegen.

So haben die Kommandeure der 30. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zum

Nachteil der Ausstattung der Einheiten, die für die Ablösung von Soldaten, die Dienst an der Front tun, vorgesehen sind, provisorische Checkpoints in den Verantwortungsbereichen der Verbände eingerichtet, deren Personal die Bewegung der OSZE-Patrouillen verfolgt und die Luftbeobachtungsgruppen und mobilen Gruppen der elektronischen Kriegsführung über Flüge von Drohnen der OSZE warnt.

Vor dem Hintergrund der Verstärkung der Beschränkungen aufgrund von Quarantänemaßnahmen in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone **sinkt die militärische Disziplin ab**. Hauptursachen von Vorfällen und Verbrechen, die von ukrainischen Soldaten begangen werden, ist der Konsum von Alkohol.

Am 5. Juni riefen zwei betrunkene Soldaten der 30. Brigade, die aus Popasnaja, wo sie ihre Zeit müßig verbracht hatten, in den Stationierungspunkt ihrer Einheit zurückkehrten, ein Taxi und weigerten sich unter Drohung mit der Waffe die Fahrt zu bezahlen. Der Taxifahrer, dem der Zustand der „Krieger des Lichts“ klar war, nahm ihnen die Maschinenpistole ab und warf sie aus dem Auto. Danach fuhr er zur Militärkommandantur, wo er die Maschinenpistole abgab und eine Anzeige zu dem Geschehen erstattete.

Der Kommandeur der 30. Brigade Garas erstattete keinen Bericht an den übergeordneten Stab über das Geschehen.

de.sputniknews.com: **Nach nur einer Woche: Neue Regierung im Kosovo hebt Handelshemmnisse gegen Serbien auf**

Die neue Regierung des Kosovo hat die vor einer Woche verhängten Handelshemmnisse gegenüber Serbien wieder aufgehoben. Das berichteten lokale Medien. Die Vorgängerregierung hatte die Maßnahme Ende Mai verfügt, um im Handel mit Serbien eine Gegenseitigkeit herzustellen.

Demnach mussten Begleitpapiere im Warenverkehr künftig ausdrücklich die Republik Kosovo als Bestimmungsort ausweisen und Transportfahrzeuge aus Serbien durften nur mit einer Sondergenehmigung einreisen. Nun sollen die Frachtpapiere und Zertifikate wie zuvor neutrale Bestimmungsbezeichnungen enthalten, welche den völkerrechtlichen Status des Kosovo nicht berühren.

Das Kabinett des linken Reformers Albin Kurti, das am vergangenen Donnerstag aus dem Amt geschieden war, hatte dies als eine ihrer letzten Amtshandlungen angeordnet. Die Maßnahme rief allerdings heftige Kritik vonseiten Serbiens, der EU und der USA hervor. Kaum im Amt, hob die neue Regierung von Ministerpräsident Avdullah Hoti die Handelshemmnisse gegen Serbien wieder auf.

Serbien lässt Fahrzeuge mit Kennzeichen der Republik Kosovo grundsätzlich nicht ins Land. Umgekehrt dürfen Fahrzeuge mit serbischen Kennzeichen ungehindert in den Kosovo fahren.

Ansage des neuen Ministerpräsidenten

Bei seinem Amtsantritt am vergangenen Mittwoch versprach der neue kosovarische Regierungschef, dass er eine Normalisierung der Beziehungen mit Serbien erreichen wolle. Dies werde die EU-Mitgliedschaft des Kosovo ermöglichen.

Einen Deal mit Belgrad werde es allerdings nur bei einer gegenseitigen Anerkennung der Staaten geben, so Hoti weiter. Er schloss jegliche „Veränderungen der Grenzen“ sowie einen „Gebietsaustausch“ mit Serbien aus. Westliche Beobachter gehen davon aus, dass der abgebrochene Dialog zwischen Belgrad und Pristina bald wieder aufgenommen wird. Das Kosovo hatte bis zu seiner Unabhängigkeitserklärung 1999 zu Serbien gehört. Serbien erkennt die heute fast ausschließlich von Albanern bewohnten Republik Kosovo, die 2008 ausgerufen wurde, nicht an.

Die ungelöste Frage des Verhältnisses zwischen Serbien und seiner einstigen Südprovinz stellt für beide Länder ein entscheidendes Hindernis beim angestrebten Beitritt zur Europäischen Union (EU) dar. Die seit 2011 laufenden Gespräche brachten bislang nur beschränkte Ergebnisse. Ende 2018 kamen diese völlig zum Erliegen, nachdem die damalige Regierung in

Pristina 100-prozentige Strafzölle auf Waren aus Serbien eingeführt hatte.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32653/54/326535470_1:88:3077:1753_1000x0_80_0_1_9023e203e05f24cb983867a57b64bb8d.jpg.webp